

Der Sozialverband Deutschland kritisiert mögliche Rentenkürzungen

Angesichts der neuen Debatte um Rentenkürzungen beim Sozialstaat zeigen sich Sozialverbände empört. Was die Rentenversicherung betrifft: Ja, der Bundeszuschuss ist der größte Posten im Bundeshaushalt.

Aber es geht hier um das Einkommen von mehr als 21.000.000 Rentnern, die Jahr für Jahr in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Das muss uns als Gesellschaft etwas wert sein.

Versteh' ich nicht!

Wieso nur 3,5 % Rentenerhöhung in 2024? Es ist doch gesetzlich vorgeschrieben, dass die Renten Erhöhung nach den letzten Nominallöhnen er-

folgt, das wären mindestens 6 %. Ich fühle mich betrogen!

LG Hans B. aus NRW

Wenn man die Entwicklung in diesem Land mitbekommt wird es einem eng ums Herz.

Zwei Bereiche, welche von der Politik und den Medien stark durch den Kakao gezogen werden, sind zum einen die Diskussion über das Bürgergeld und um uns Rentner. Bei beiden Bereichen werden Menschen dermaßen schlecht gemacht, dass mir übel wird. Das Problem ist, dass weder die Bürgergeldbezieher noch die Rentner eine Lobby haben. Das müssen sich ändern.

Meine Vorschläge:

1. Kampf gegen Rentenkürzung. Dies war nicht nur ein Vorschlag der sogenannten "Wirtschaftsweisen" sondern auch der Politik. Es darf nicht sein, dass auf Grund der mangelhaften Finanzwirtschaft wir Rentner büßen müssen
2. Wir müssen gegen die sehr hohen Kosten in den Alters-, Pflegeheimen und betreutes Wohnen vorgehen. Es kann nicht sein, dass wir als Rentner in solchen Ein-

richtungen entmündigt werden. Bei Kosten zwischen 3.000 und 5.000 € im Monat werden nicht nur wir Rentner geschröpft sondern auch die Angehörigen. Leisten können sich das die Wenigsten. Da hat keiner mehr Geld für private Sachen übrig. Wir sollten ein Ende dieser Preistreiberei fordern. Ein Offenlegen der Finanzen in diesen Bereichen.

3. Ein sofortiges Ende der Rentenunterschiede zwischen Ost und West. Es ist eine Schande, dass es immer noch zwei Staaten in einem Staat gibt.
4. Ein Verbot, dass Rentner aus ihren Wohnungen raus müssen, um anderen Platz zu machen. Aktuelle Beispiele gibt es genug.
5. Hände weg vom Fahrverbot ab 70 Jahre.
6. Einführung eines kostenlosen Tickets für Rentner in allen öffentlichen Verkehrsmitteln. Oder zumindest ein reduzierter Preis von 5 oder 10 € im Monat.

Grüß Rainer J. aus Kornwestheim

Partei der Rentner hat viel Potential

Eine Partei der Rentner zu gründen, die sich der Anliegen und Nöte speziell der Rentner annimmt, ist nicht nur richtig, sondern längst überfällig. Dies kann der lang erwartete Schritt zu mehr Gerechtigkeit für die Menschen in unserer Gesellschaft sein, die durch ihre Arbeit dieses Land und unseren Wohlstand mit aufgebaut haben, sich nun aber durch geringe Renten zu recht benachteiligt und nicht wertgeschätzt fühlen. Und so ist ihre Forderung nach Anerkennung ihrer Lebensleistung und ihr Recht auf politische Mitbestimmung nichts mehr als legitim.

Auf der anderen Seite sollte sich die regierende politische Klasse fragen, wie unsere Gesellschaft überhaupt soweit auseinander driften konnte, sich so viele Menschen vom politischen Diskurs abgehängt fühlen. Die Fragen der Bürger sind immer die Gleichen: Warum ist der Wohlstand in unserer Gesellschaft so unterschiedlich verteilt? Warum gibt es immer mehr Reiche, aber doch gleichzeitig 40 % der Rentner von Altersarmut bedroht sind? Warum verdient ein Auszubildender im

ersten Ausbildungsjahr oft mehr, als jemand, der über 40 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat und nun an Rente hat? Wie kann jemand, der nie in die Rentenkasse eingezahlt hat, unterm Strich genauso viel bekommen, wie einer, der 28 Jahre und mehr eingezahlt hat? Warum sind so viele Menschen der Mittelschicht gesellschaftlich abgestiegen? Antworten darauf seitens der Politik fehlen, aber sie machen die Ungerechtigkeiten im System deutlich!

All diese sozialen Fragen und viele mehr, müssen endlich offen beantwortet werden, um den sozialen Frieden in der Gesellschaft wiederherzustellen. Dabei kann eine neue Partei helfen, indem sie eine ehrliche und transparente Bestandsaufnahme der Gesellschaft fordert, die aufzeigt, wo wir als Gemeinschaft wirklich stehen. Die Gründung und Ausrichtung der neuen Partei ist nicht nur ein Gewinn für unsere Demokratie, sondern auch eine notwendige Rückkehr zur politischen Vernunft.



Scholz – der Anti-Rentner Kanzler

Der Parteitag der SPD hat gezeigt, was die Rentner von der SPD geführten Regierung angeblich in Zukunft zu erwarten haben. Hochtrabende Worte hat Scholz da gesprochen, „es gibt keinen Sozialabbau, den Menschen wird es besser gehen, es wird gerechter werden“, usw. Aber das kaufen ihm die Rentner, die ja besonders hart durch Krise betroffen sind, nicht mehr ab. Das Vertrauen, mit dem Scholz angetreten war, ist dahin. Denn die Realität sieht anders aus. Verdi, Lokführer, Einzelhandel, Inflationsausgleich für Politiker, Beamte, Soldaten und Pensionäre, Erhöhung des Bürgergeldes, Streik für mehr Geld auf allen Ebenen, Lohnerhöhungen im Einzelhandel und Gastronomie, etc.. Alle erhalten mehr Geld. Und wo bleiben die Rentner? Bei denen will man sparen, obwohl es schon Millionen Rentnern finanziell schlecht geht und sie bei der Rentenerhöhung 2022 eine geringere Renten-Steigerung als die Inflationsrate hinnehmen mussten. Und im Jahr 2024 wird es nicht anders aussehen. Die Rente soll lediglich um 3,5 % steigen. Das heißt: kein Mehreinkommen, aber alle anderen haben mehr Geld in der Tasche, doch die Preise im Supermarkt sind für alle gleich. Das ist fehlende Gleichbehandlung, ist ungerecht und zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Laut Münchener Merkur wird bereits bei den Wirtschaftsweisen über Rentenkürzungen nachgedacht. Nach dem Motto: „Rente ist der Elefant im Raum im Haushalt“, da muss man ran“.

Ich kann alle Rentner nur warnen. Wer jetzt noch SPD und Grüne wählt, darf sich nicht wundern, wenn es ihnen in Zukunft noch schlechter geht.

Franz. H. Mannheim

Wir müssen uns wehren! Werden auch Sie Mitglied der Rentner-Partei!

Die Partei der Rentner
partei-der-rentner@gmx.de • www.partei-der-rentner.de

Als Rentner sollte man sich am Wahltag genau überlegen, wen man wählt!